

Demokratisches Wochenblatt.

Organ der deutschen Volkspartei.

No. 46.

Leipzig, den 14. November.

1868.

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend. Abonnementspreis vierteljährlich bei allen deutschen Postanstalten sowie hier am Plage einschließlich Bringerlohn 12 $\frac{1}{2}$ Ngr.; einzelne Nummern 1 Ngr. Abonnements für Leipzig nehmen entgegen die Herren G. Hofmann, Brühl 40, G. Richter, Peterssteinweg 7, Leipziger Conjumverein, Universitätsstraße, und die Expedition d. Blattes in der Wohnung des Herrn A. Bebel, Petersstraße 18. Für Dresden Filiale Expedition F. W. Gressmann, Wallstraße 10. Agent in London für England, Indien, China, Japan, Australien, Südamerika etc. die deutsche Buchhandlung von Franz Thimm, 24 Brook Street, Grosvenor Square, London. Agent für London: A. Duenfing, Foreign Bookseller, Librarian and Newsagent, 8, Little Newport Street, Leicester Square, W. C.

Die geehrten hiesigen Abonnenten ersuchen wir dringend, falls das Blatt bis Sonnabend Abend nicht in ihren Händen ist, uns gefälligst brieflich (unfrankirt) oder mündlich sofort Nachricht zu geben.

Expedition des Demokr. Wochenblatts.

Inhalt: Politische Uebersicht. — Zum Dresdner Dienstmanns-Streit. — Weiße Sklaven. — Aus England. — Sackfeldtisches. — Beilage: Die Bildung der Arbeiterklasse. — Die Gewerks-Genossenschaften. — Berichtigung. — Anzeige.

wurzelt, und die als unzerstörbar durch die Gesellschaft geheiligt werden muß."

Was die Regierungsform anlangt, meint die Proklamation, so sei die Republik unstreitig diejenige, welche dem Ideale der Demokratie am meisten entspreche, und in diesem Sinne gäbe es nur republikanische Demokraten. Aber — und hier tritt die Unklarheit und Mattheit hervor — das Volk sei allen Anzeichen nach noch nicht reif für die Republik, und man dürfe nicht so undemokratisch sein, sie ihm aufzwingen zu wollen. Man werde sich dem Ergebnis der Cortes-Wahlen unterwerfen. — Kurz, ziemlich dieselben Redensarten, wie in der vor 8 Tagen erwähnten Proklamation der provisorischen Regierung, nur mit dem Unterschied, daß man sich prinzipiell für die Republik statt für die Monarchie erklärt. Ein gar geringfügiger Unterschied, wenn wir bedenken, daß es sich gegenwärtig in Spanien nicht um die theoretische Aussprechung von Prinzipien, sondern um deren praktische Bewirklichung handelt. Daß das Volk nicht „reif“ sei für die Republik, ist beiläufig eine alberne Phrase; für die Republik wird ein Volk nur in der Republik reif. Unter der Monarchie läßt sich der Republikanismus eben so wenig erlernen, als das Schwimmen auf dem Land.

Politische Uebersicht.

Im spanischen Volk greifen die demokratischen Grundsätze von Tag zu Tag weiter um sich. Es gewinnt dem „königlosen Zustand“, der ihm nur Verbesserungen und Vortheile bringt, immer mehr Geschmack ab. Allein leider stehen die sogenannten „Führer“ nicht auf der Höhe der Lage. Das erhellt von Neuem aus einer Proklamation, welche die einflussreichsten derselben (darunter Orense) anfangs dieses Monats erlassen haben, und die sehr kräftig beginnt und sehr lahm endet.

Aus dem Aktenstück, das wir seiner großen Ausdehnung halber nicht dem ganzen Wortlaut nach wiedergeben können, theilen wir folgende Stelle mit, in der die wichtigsten Forderungen der Partei dargelegt werden.

„Die Demokratie wird mit keiner Regierung unterhandeln, welche die Rechte des Individuums nicht anerkennt, sie wird keine Einschränkung dulden, welche im Stande wäre, den Hauptzweck der Gesellschaft unmöglich zu machen. Die Persönlichkeit des Menschen, die in allen Stadien seines Lebens und in dem ganzen Kreise seiner Fähigkeit frei sein muß, kurz, das in seinen Handlungen und in seinem Dasein freie und unverlethliche Individuum; die Familie, die als die erste und engste Gesellschaft, in der sich der Mensch bildet und menschliche Zwecke verfolgt, unumschränkt sein muß; die Gemeinde und Provinz, welche unmittelbar die Verhältnisse bieten, in denen sich der Bürger für die Freiheit und das öffentliche Leben heranzubilden soll, und die eben deshalb innerhalb des Kreises der ihnen eigentümlichen Funktionen im Vollbesitze der Macht und Unabhängigkeit sein müssen; die Nation endlich, nicht als eine unförmige Masse von getrennt neben einander lebenden Einzelwesen, die nur durch das mechanische und häufig despotische Band der Centralgewalt zusammengehalten werden, sondern als ein organischer Körper, gleichsam als eine höhere Persönlichkeit, deren Souveränität alle öffentlichen Gewalten befruchtet und beherrscht; das ist das Wesen unserer Lehre. Hinsichtlich der Organisation stellt die spanische Demokratie zwei Hauptgrundsätze auf: Die Souveränität der Nation und das allgemeine Stimmrecht. Aber die Nation und das allgemeine Stimmrecht können nicht an das rühren, was außerhalb ihres Kompetenzkreises, außerhalb des Umfangs ihres Rechtsbezirktes liegt, d. h. an die Persönlichkeit, die unzerstörbar in der Natur

Zum Glück ist es den Herren von der provisorischen Regierung bis jetzt noch nicht gelungen, einen passenden Thronkandidaten zu finden, obgleich sie ihre Sendlinge mit Diogeneslaternen an sämtliche europäische Höfe geschickt haben. Der König von Portugal, der wohl die meisten Ausichten gehabt hätte, weil ihm in Spanien eine starke Partei anhängt und Seitens des Auslands keine Opposition droht, hat nachdrücklich für die Ehre gedankt, und wir wollen hoffen, daß die andern Fürsten und Fürstensöhne nicht minder vernünftig sein werden. In ihrer Verlegenheit soll die Regierung Espartero auf den Thron zu setzen beabsichtigen, unter dem Namen Baldomero (so heißt er) der Erste. Der Name dünkt uns etwas zu lang. Mittlerweile sucht Prim auf eigne Rechnung Geschäfte zu machen; er drängt sich systematisch in den Vordergrund, schmeichelt dem Volk und ist eifrig bemüht, die Armee seinen Zwecken dienstbar zu machen. In einem Tagesbefehl an das Heer stellt er, der die Soldaten so oft zum Aufstand aufgefordert hat, den blinden Gehorsam als vornehmste Pflicht

hin. Natürlich blinden Gehorsam gegen den obersten Befehlshaber, und der ist — Prim!

Die Wahlen sind nun ausgeschrieben. Nach dem Wahlgesetz sind alle Spanier vom 25. Jahr an stimmberechtigt, ausgenommen diejenigen, welche zu schweren Strafen und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurtheilt sind. Die Wahlen werden am 29. und 30. November und 1. Dezember, je nach den einzelnen Provinzen, stattfinden. Auf je 45,000 Einwohner wird ein Abgeordneter gewählt; auf den Bruchtheil, wenn derselbe 22,500 übersteigt, kommt gleichfalls ein Abgeordneter. Die Zahl der zu wählenden Abgeordneten beträgt 350; die Aufstellung der Wahllisten erfolgt von 15. bis 20. d. Monats. Möglich, daß die Demokratie bei den spanischen Wahlen eine Niederlage erleidet. Für diesen Fall bleibt uns aber der Trost, daß die Sache der Demokratie keine nationale ist, und daß von Spanien über die Pyrenäen hinweg nach Frankreich Funken gestogen sind, die schwerlich zu löschen sein werden. Welcher Geist in Paris, dem Kopf und dem Herzen Frankreichs herrscht, hat sich am 2. d. Monats, dem Allerseelentage, auf dem Kirchhofe von Montmartre, gezeigt, wo so mancher Freiheitskämpfer begraben liegt. Wir lassen einen Correspondenten der „Frankfurter Zeitung“ reden:

„Der Cultus der Todten ist vielleicht der einzige, dem die Pariser treu geblieben sind. Man geht nicht in die Messe, man drückt sich um die kirchliche Trauung herum, aber selten verzichtet man auf ein kirchliches Begräbniß. Jedermann entblößt sein Haupt vor dem Sarge eines Mannes, den er im Leben niemals gegrüßt haben würde. Ich ging auf den Friedhof, um nach einem politischen Symptom zu spähen, das im Stande wäre, mir einen Blick hinter den Vorhang zu gönnen, der mit trüben Falten die Zukunft des „schönen Frankreichs“ verbüllt. Die heurige Kundgebung trug einen ganz anderen Charakter als die vorjährige. Am Allerseelentage des Jahres 1847 bestand die Gruppe, welche sich um die Gräber der Freiheitshelden scharte, aus dem, was ich den Generalstab der revolutionären Partei nennen möchte. Wohin ich damals meine Blicke wenden mochte, sie trafen auf Freunde oder mindestens Bekannte. Anders gestern. In der Menge, die das Grab Godefroy Cavaignac's (der erste Bruder des „Juni-schächters“) umwogte, traf ich nur hier und da auf Berühmtheiten der Partei, die sich in dem Gedränge der Besucher fast verloren. Cavaignac's Grabmal wird durch seine Bronzestatue geziert, die ihn auf dem Todesbette ausgestreckt darstellt, in der einen Hand die Feder, mit der anderen einen Artilleriefädel umfassend. Die Statue Cavaignac's verschwand gestern vollständig unter den Kränzen und Bouquets aus rothen Immortellen. Arago, in dessen Armen Godefroy Cavaignac sein Leben aushauchte, näherte sich dem Bronzebilde seines ehemaligen Waffengefährten und drückte einen Kuß auf die Stirne desselben. Seine Rede wurde nicht gehalten, aber zahlreiche Besucher sprachen beim Niederlegen der Kränze bewegte und patriotische Worte. Die oft von dem Rufe: „Es lebe die Republik!“ und „Es lebe die sozialdemokratische Republik!“ gefolgt waren. Die revolutionäre Partei hätte indeß noch eine andere Absicht, als sie ihre Anhänger auf dem Kirchhofe Montmartre zusammenrief; sie wollte das Andenken des im Vorjahre vergessenen Volksrepräsentanten Baudin feiern, der am 3. Dezember 1851 (dem Tag nach dem Staatsreich Bonaparte's) bei einer Barrikade in Vertbeidigung der Geseze und der Republik gefallen ist. Selbst in diesem Jahre kannte man den genauen Ort, wo er beerdigt worden ist, nicht. Vergeblich waren alle Nachfragen bei dem Kirchhofwächter — man konnte den gewünschten Nachweis nicht erlangen. Unweiselhaft hatte derselbe den Befehl erhalten, nichts über den Begräbnißort Baudin's verlauten zu lassen. Endlich gegen 4 Uhr konnten wir uns auf die Nachweisungen eines Gärtnerburschen hin, der diesen Tag roth in seinem Kalender anstreichen wird, zu dem Grabe des gefallenen Patrioten begeben. Von einfachem Steine bedekt, harrt er noch des Monumentes; der Augenblick, eine Subscription für ein solches zu eröffnen, ist günftig. Bei der Grabstätte versammelte man sich gleichsam im Familienkreise, wie im vorigen Jahre bei der Begräbnißstelle Godefroy Cavaignac's. Es wurden einige Worte gesprochen, von denen ich Ihnen folgende mittheile, um Ihnen einen Begriff von dem Charakter der ganzen Ansprache zu geben, die ein Student hielt. „Bürger“, sprach er, von allen Seiten fragt man uns nach dem Namen dessen, den wir hier zu ehren gekommen sind. Wir haben uns gehemüthigt, um das Andenken eines Mannes zu feiern, der am 3. Dezember 1851 durch eine Regierung ermordet wurde, die noch besteht. Noch ist ihm keine Gerechtigkeit geworden, aber ich verspreche sie ihm

hier an seinem Grabe, wir alle geloben, daß sie ihm rasch und vollständig werden soll, und wenn irgend ein spionirender Spürer meinen Namen wissen will, so antworte ich ihm: Ich nenne mich Volk und Zugend.“ Der Ruf: Es lebe die Republik, Gerechtigkeit und Rache! ertönte zu verschiedenen Malen, als man ohne irgend eine Belästigung von Seiten der nur durch wenig uniformirte Agenten tretenden Polizei auseinander ging. Die Geheimpolizisten, die das in die für uns kaum sind, waren in desto größerer Anzahl vorhanden. In der Kaserne „Nouvelle France“ war ein Bataillon Zuaven campirt. Auf dem Kirchhofe selbst befand sich nur eine Compagnie Jofanterie. Der Polizei-Commiffar hielt in dem Wächterhause einen Tambour für den Fall bereit, daß es notwendig werden sollte, die gesetzlichen Aufforderungen zu erlassen. Ein Mitglied der Linken war nicht auf dem Kirchhofe anwesend.“

So weit der Berichtsfatter der „Frankfurter Zeitung“. Das die „Linke“ fehle, ist ein treffliches Symptom; die französische „Linke“ entspricht unserer „Fortschrittspartei“. Es sind Schönredner, die von der politischen Bühne verschwinden, wenn ernsthaftere Ereignisse bevorstehen. Die Kundgebung auf dem Montmartre war die Morgenröthe der Revolution. Der Kaiser hat es begriffen, darum wagte er nicht, die erhebende Feier zu stören. Am andern Tage eröffneten verschiedene Pariser Zeitungen eine Subscription zur Errichtung eines Monumentes für Baudin. Dagegen sind nun die Behörden eingeschritten und die Redakteure der anstößigen Blätter sollen wegen Anreizung gegen die Obrigkeit vor Gericht gestellt werden. Im Fall ihrer Verurtheilung — die sicher ist — wartet ihrer die Transportation nach Lambessa oder in die Fieberümpfe von Cayenne. Nur vorwärts auf dem Pfade der Gewalt! Nicht ihn nur, den „Löwen der Revolution“ — um so schneller macht er den tödtlichen Sprung.

Auch wir Deutsche haben einen Allerseelentag der Freiheitsmartyrer, den Jahrestag der Erschießung Robert Blums, den 10. November. Wer die Leidensgeschichte des Vaterlandes nicht vergessen, das Haupt nicht sklavisch unter das Joch gebeugt hat, der gedenkt an diesem Tage der Tausende, die in dem „tollen“ Jahre 1848 und 1849 auf den Barrikaden von Wien, Berlin, Dresden, Frankfurt, auf den Schlachtfeldern Badens durch die Kugeln und den Strick Hohenzollern'scher und Habsburgischer Standrechtskneker für das neue Deutschland den schnellen Heldentod gestorben, oder damals und später der langsamen Guillotine des Kerkers, und des Erils erlegen sind. Wie Viele mögen es wohl gewesen sein, die am vorigen Dienstag ihrer gedacht? Wie Viele? —

Die Parlamentsmühle in Berlin ist bereits in vollem Klappern. Von dem, was sie dort mahlen, wird aber Niemand fett werden. Alles dreht sich um das Defizit; der Rest in bloß Firtlesanz oder Zierrath. Und das Defizit wird größer und größer; nach genauen Schätzungen beläuft es sich auf 18, schreibt achtzehn Millionen Thaler.

Wenn im bürgerlichen Haushalt die Ausgaben die Einnahmen übersteigen, so vermindert man die Ausgaben, bis sie sich durch die Einnahmen decken. Allein für den Staatshaushalt gilt diese spießbürgerliche Oekonomie so wenig, als für die Staatspolitik die bürgerliche Moral. Da müssen die Einnahmen sich nach den Ausgaben richten, und genügen sie nicht, so heißt es: neue Steuern. Ist das Volk aber nicht im Stande, genug aufzubringen — je nun, dann giebt es noch zwei Wege, man macht Schulden, oder — man „nimmt das Geld, wo man es findet“, oder thut Beides zu gleicher Zeit. In Preußen hat man zunächst den bequemsten Weg gewählt: man nimmt, wo man findet. Eines der ersten Geseze, welche die Regierung dem Landtag vorlegte, betrifft die Confiskation des Privatvermögens des Kurfürsten von Hessen. Und wie wird diese Maßregel begründet? „Die Denkschrift des Kurfürsten

enthält Majestätsbeleidigungen, Verleumdungen und Beleidigungen preussischer Staatsbeamten, Schmähungen von Landes-einrichtungen und ist überhaupt auf hoch- und landesver-rätherische Unternehmungen gerichtet. Deshalb (!) ist es doch wohl (!) gerecht, ebenso gegen den Kurfürsten vorzugehen, wie gegen den König von Hannover." Also sprach der Finanz-minister von der Heydt. Die Logik wundert uns nicht. Es ist wahr, die Denkschrift zirkulirt ungehindert in Preußen, kein richterliches Urtheil liegt gegen sie vor. — ja, keins der an-gelichen Verbrechen zieht nach preussischem Strafgesetz die Vermögenskonfiskation nach sich, aber was will das sagen? Preußen braucht Geld, die hannoversche Beute hat gut ge-schmeckt, der Appetit kommt beim Essen, was dem Hannover-ner recht war ist, dem Kurhessen billig, und überdies ist es ein alter Klugheitsatz: wenn man Jemand etwas — genom-men, hat, soll man sich beeilen, ihm auch das übrige zu — neh-men damit er nicht die Nacht behält, sich das — Genommene wieder zurückzuholen. Was ist hiergegen einzuwenden? Wir haben indeß schon früher bemerkt, daß der Kurfürst von Hessen, der seine Pappenheimer kennt, und das Beispiel seines han-noverschen Leidensgefährten vor Augen hatte, schwerlich in dieser Weise vorgegangen wäre, glaubte er nicht an einen nahe bevorstehenden Umschwung.

Zu erwähnen ist noch, daß die Herren Abgeordneten, die Fortschrittler mit eingerechnet, die bezüglichen Ausführungen des Finanzministers wiederholt durch zustimmendes Gelächter und beifällige Zurufe unterbrochen. Und diese „Volksvertreter“ haben noch die Stirn, das Wort „Recht“ im Munde zu führen?

Uebrigens auch an neue Steuern scheint das Ministerium zu denken. Wenigstens meinte von der Heydt, das Volk sei fähig noch mehr Steuern zu tragen. Das ist aber eine sehr tolle Behauptung angesichts der amtlich von dem nämlichen Minister festgestellten Thatsache, daß die Bevölkerung sich schon jetzt in dem Genuße der nothwendigsten Lebensbedürfnisse ein-schränken muß. Die Erträge der Wahlsteuer sind in Folge dieser Einschränkungen und trotz der Vermehrung der Bevöl-kerung von 1865 bis 1867 herabgegangen: in Ostpreu-ßen von 99,000 Thalern auf 90,000 Thaler, in Westpreußen von 100,000 Thalern auf 86,000 Thaler, in Posen von 91,000 Thalern auf 78,000 Thaler, in Pommern von 107,000 Thalern auf 97,000 Thlr., in Schlessen von 231,000 Thalern auf 218,000 Thlr., in Brandenburg von 650,000 Thalern auf 570,000 Thlr. (um 80,000), in Sachsen von 131,000 Thalern auf 112,000 Thlr., in der Rheinprovinz von 228,900 Thalern auf 216,000 Thaler, im Ganzen von 1,636,000 Thalern auf 1,466,000 Thlr., also um 173,000 Thlr., also fast 11 Procent in zwei Jahren. Auch bei der Schlachtsteuer stellt sich eine Abnahme von 2,136,000 Thalern auf 2,039,000 Thlr., also um 97,000 Thlr. heraus, obwohl Rheinland, Schlessen und Westphalen eine Zunahme erfahren haben. Für Brandenburg beträgt die Abnahme bei der Schlachtsteuer nicht weniger als die große Summe von 260,000 Thalern, d. h. mehr als den sechsten Theil des Er-trags von 1865. Stetig zugenommen haben dagegen, was ganz charakteristisch ist, die Einnahmen aus Hypotheken- und Gerichtsschreibereigebühren. Und ein Volk, das so gestellt ist, das sich nicht mehr satt essen kann, soll „fähig sein“, neue Steuern zu tragen.

Doch wir dürfen der preussischen Regierung nicht Unrecht thun — sie will auch sparen und hat dies glänzend bewie-sen durch — Entziehung der Portofreiheit der Abgeordneten. So gewinnt der Staat jährlich tausend Thaler. „Wir sind eine große Nation“ geworden und müssen in allem als große

Nation handeln“ — sagte neulich ein Breslauer (nationallibe-rales) Blatt.

In Berlin soll ein Ministerrath, dem die Herren Usedom und Werther berühmigten Notenanwenders beizuhören, über die Frage der Ersetzung Bismarcks verhandelt haben, dessen Krankheit als unheilbar bezeichnet wird. Der Anfang vom Ende.

Der österreichische Reichstag hat, allerdings mit ge-ringer Mehrheit, den über Prag verhängten Ausnahmezustand gebilligt. Das ist traurig. Komisch ist der Loyalitäts-sturm, in welchem die „liberale“ Majorität ausbrach, als der Kapuziner Greuter (der für die Gezeiten gesprochen hatte, weil sie der Regierung ein Dorn im Fleisch sind) im Lauf der Debatte von den Liberalen behauptete, so gut sie jetzt von einer „Frau“ Isabella sprächen, könnten sie später von einem „Herr“ Franz Joseph reden. Das war den braven Philistern denn doch zu arg, und sie geriethen in solch heiligen Zorn, daß dem armen pfäffischen Sünder nicht nur ein Ordnungsruf erteilt, sondern auch das Wort entzogen werden mußte.

Die Debatte über das Wehrgesetz hat begonnen; die Linke, das heißt der entschiednere Theil, hat den Antrag gestellt, die Ziffer der Soldaten von 800,000 auf 600,000, und die Dienstzeit von 3 auf 2 Jahre herabzusetzen; allein diese An-träge sind aussichtslos, zumal die Minister die Kabinettsfrage gestellt haben.

Die Auflösung des englischen Parlamentes wird, wie nun auch die ministeriellen Blätter offiziell erklären, doch am 11. d. M. stattfinden, so daß dann das gegenwär-tige Haus nach einer Lebensdauer von 3 Jahren 2 Monaten und 27 Tagen zu Ruhe gehen wird. Wirft man einen Rück-blick auf die sämtlichen Parlamente, die unter der Reform-akte von 1832 gewählt wurden, so ergiebt sich die bemerkens-werthe Thatsache, daß von diesen 9 Häusern nur eins von dem Ministerium aufgelöst wurde, unter dem es gewählt wor-den: das erste wurde von Carl Grey zusammenberufen und von Sir Robert Peel aufgelöst, von dem auch das zweite ein-berufen wurde. Lord Melbourne sandte dieses Haus heim, berief ein neues und löste auch dieses auf, worauf er das vierte zusammenrief, das nachmals von Lord Russell aufgelöst wurde. Das von dem Letzteren darauf einberufene neue Haus löste Lord Derby auf, und Lord Palmerston that dasselbe mit dem von dem konservativen Ministerium zusammenberufenen. Er nahm darauf die Neuwahlen vor, aber sein Unterhaus wurde wieder von seinem Vorgänger nach Hause geschickt, worauf mit dem achten unter Carl Derby gewählten Lord Palmerston wieder dasselbe that. Das neunte unter Palmerston gewählte löst jetzt Disraeli auf. Dreimal waren während dieser Zeit die Conservativen vor den Neuwahlen am Ruder und jedes Mal erlitten sie im Wahlkampfe eine Niederlage, während die Whigs nur einmal, im Jahre 1841, dieses Schick-sal hatten.

Wir konnten in letzter Nummer noch den glänzenden Wahlsieg der Republikaner in den Vereinigten Staaten melden.

Die Wahl des amerikanischen Präsidenten findet bekant-lich indirekt statt. Am Dienstag nach dem ersten Mittwoch im November des vierten Jahres nach der vorhergehenden Präsi-dentenwahl, werden in den verschiedenen Staaten der Union Wahlmänner gewählt, die zusammen das Wahlkollegium bilden. Dasselbe besteht aus 317 Mitgliedern. Senatoren, Congress-mitglieder und Beamte sind nicht in dasselbe wählbar. Die Stimmen vertheilen sich auf die einzelnen Staaten wie folgt: New-York 33, Pennsylvania 26, Ohio 21, Illinois 16, In-diana 13, Massachusetts 12, Missouri 11, Kentucky 11, Ten-nessee 10, Virginien 10, Nord-Carolina 9, Georgia 9, Iowa 8,

Wisconsin 8, Michigan 8, Alabama 8, Maine 7, New-Jersey 7, Mississippi 7, Louisiana 7, Maryland 7, Connecticut 6, Texas 6, Süd-Carolina 6, Arkansas 5, New-Hampshire 5, Vermont 5, West-Virginien 5, Californien 5, Minnesota 4, Rhode Island, Kansas, Nebraska, Nevada, Florida, Delaware und Oregon je 3 Stimmen. Die Delegirten eines jeden Staats versammeln sich am ersten Mittwoch des folgenden Dezember in den Hauptstädten ihrer betreffenden Staaten und geben ihre Stimmen für Präsident und Vice-Präsident mittelst geheimer Ballotage (verschlossener Stimmzettel) ab. Die Delegirten eines jeden Staates stimmen zusammen für einen Kandidaten und alle Stimmen des Staates zählen für einen und denselben, wenn auch nur eine Majorität der Delegirten sich für ihn ausgesprochen hat. Das Ergebnis wird gehörig protokolliert und versiegelt an den Präsidenten des Senats übermacht. Am zweiten Mittwoch im Februar treten dann beide Häuser des Congresses zusammen, und werden in deren Gegenwart die Pakete eröffnet und das Resultat amtlich verkündigt. Die feierliche Einführung (Inauguration) des neugewählten Präsidenten findet am 4. März statt. Die amtliche Verkündigung des Resultats ist übrigens nur eine Förmlichkeit. Dasselbe ist sofort nach Veröffentlichung des Resultats der Delegirtenwahlen bekannt.

Für Grant haben diesmal Stimmen gestellt: Arkansas 5, Californien 5, Connecticut 6, Florida 3, Illinois 16, Indiana 13, Iowa 8, Kansas 3, Maine 7, Massachusetts 12, Michigan 8, Minnesota 4, Missouri 11, Nebraska 3, Nevada 3, New-Hampshire 5, Nord-Carolina 9, Ohio 21, Pennsylvanien 26, Rhode-Island 4, Süd-Carolina 6, Tennessee 10, Vermont 5, West Virginia 5, Wisconsin 8: im Ganzen 206. Für Seymour haben Stimmen gestellt: Alabama 8, Delaware 3, Georgia 9, Kentucky 11, Louisiana 7, Maryland 7, New-Jersey 7, New-York 33, Oregon 3: im Ganzen 88. Ausgefallen sind folgende Stimmen der drei ehemaligen Rebellstaaten, welche sich noch nicht in dem Sinn der vom Congress erlassenen Gesetze „rekonstruirt“ (neu eingerichtet) haben, nämlich: Mississippi 7, Texas 6, Virginia 10: im Ganzen 23. Hiernach hat Grant mit einer Majorität von 118 Stimmen über Seymour gesiegt und die Majorität bleibt auch dann eine sehr bedeutende (95), wenn man die ausgefallenen Stimmen für Seymour rechnet.

Ueber die in voriger Nummer erwähnte Arbeiterversammlung in Gera macht Herr Wartenburg in Nr. 259 der Biedermann'schen (nationalliberalen) „Allgemeinen Zeitung“ seinem schwereren Aergers Lust, indem er unter andern sagt: „In Bezug auf die Angriffe des Herrn Bebel gegen das „Norddeutsche Wochenblatt“ wollen wir ihm aber nur bemerken, daß dasselbe heute schon, nachdem es erst 4 Wochen ins Leben getreten, noch einmal so viel Abonnenten (?) zählt, als die deutsche „Arbeiterhalle“, das Organ der Nürnberger Majorität, und daß das „Norddeutsche Wochenblatt“ auf eignen Füßen steht. Die „Arbeiterhalle“ dagegen hat, wie sie selbst in ihrer Nr. 20 angebt, aus der Vereinskasse 118 Thlr. zur Deckung des Defizits erhalten. In derselben Nummer schreibt die „Arbeiterhalle“ in Bezug auf die Gründung des „Nordd. Wochenblattes“, Bernardin St. Pierre habe gesagt: Wer den Ertrag eines Ackers um eine Garbe erhöhe, erwerbe sich größeres Verdienst um die Menschheit, als wer ein gutes Buch schreibe. Wir fragen, welches Verdienst erwirbt sich ein Blatt um die Menschheit, das sich sein Defizit aus den mühselig zusammengebrachten Beiträgen von Arbeitern bezahlen läßt?“

Hierauf diene folgendes:

Mit der Abonnentenzahl des „Norddeutschen Wochenblattes“ soll es, nach Erkundigungen, die wir an Ort und Stelle eingezogen haben, gar nicht so weit her sein. Sehr viele Arbeiter, die es den ersten Monat hielten, sollen das schwarz-weiße Gericht, das ihnen Herr Wartenburg mit recht viel national-liberalen Phrasen geschmälzt, vorsezte, schon satt bekommen haben und ihnen der Appetit nach neuem Abonnement vergangen sein. Herr Wartenburg soll dabei in seinem Verein die recht sinnige Einrichtung getroffen haben, daß Jeder, der monatlich 2½ Ngr. Beitrag bezahlt, das Blatt erhält; er hat also auch nichts dagegen, wenn die Arbeiter „die mühselig zusammengebrachten Beiträge“ zu des Blattes Existenz und feiner eignen Leibes Nothdurft hergeben. Dennoch ist zwischen der „Arbeiterhalle“ und dem von ihm geschaffenen Blatt ein großer Unterschied. Die „Arbeiterhalle“ ist von Arbeitern gegründet und wird von Arbeitern erhalten, sie muß also auch schreiben, was im Interesse der Arbeiter liegt, und ist folglich ein wirkliches Arbeiterblatt. Herr Wartenburg dagegen hat zu seinem Blatt die Betriebsmittel bei „humanen“, mit einem „Herz für die Arbeiter“ versehenen nationalliberalen Bourgeois aufgetrieben, um den Arbeitern zu beweisen, wie wohlwollend ihm jene gesinnt seien. Nichts natürlicher daher auch, als daß Herr Wartenburg nach dem alten Satz: „Weß Brod ich eß“, des Lied ich sing“, darauf sieht, ja nicht „zu weit“ zu gehen, ja nicht den Herrn Bourgeois vor den Kopf zu stoßen. Da ist es doch besser, die Arbeiter gründen und erhalten selbst von ihren „mühselig erparten“ Groschen ein Blatt, das ihre Interessen vertritt, als daß sie sich auf dem Präsentierteller bringen lassen, von dem sie nicht wissen, wer es bezahlt und für wen es schreibt.

Der Wunsch des Herrn Wartenburg, Bebel und Motzke möchten ihr Versprechen halten und bald wieder kommen, aber zeitiger, und das größte Lokal zur Versammlung nehmen, soll sicher erfüllt werden. Sorge Herr Wartenburg nebst seinen Freunden nur dafür, daß der Besitzer des größten Lokals dasselbe auch hergiebt. Das vorige Mal hat er es abgeschlagen.

Am 31. Oktober hatte sich in Döbeln eine Anzahl Lehrer aus verschiedenen Städten Sachsens eingefunden, um die Mittel und Wege zu berathen, durch welche die Schädigungen, welche das Pensionsgesetz vom 26. Mai 1868 nicht wenigen Lehrern bereitet, abzuwenden und entweder eine Abänderung desselben oder den Erlaß eines neuen Gesetzes herbeizuführen. Die in jener Versammlung gefaßten Beschlüsse sind auf eine möglichst allgemeine Agitation zu Absendung einer darauf bezüglichen Petition an Regierung und Landtag gerichtet, und hat man dabei den sehr wichtigen und für die Sache unzweifelhaft förderlichen Beschluß gefaßt, auch die politischen Vereine und Zeitungen zu Kundgebungen in gleichem Sinne aufzufordern. Indem wir den nachfolgenden Aufruf, welchen der zur Leitung der beregten Agitation ernannte Ausschuß in Nr. 23 der „Chemnitzer pädagogischen Blätter“ erlassen, hat, mittheilen, richten wir an politische und andere Vereine das Ersuchen, sich in der in dem Aufruf ausgesprochenen Weise an der Bewegung zu betheiligen, und bemerken zugleich, daß wir in nächster Nummer dieses Blattes eine Besprechung der Schrift von J. Beeger: „Motivirte Gutachten über das Gesetz vom 26. Mai 1868 zc.“ bringen und seiner Zeit auch alle weiteren Bekanntmachungen jenes Ausschusses im „Demokratischen Wochenblatt“ mittheilen werden. Der Aufruf lautet:

An alle sächsischen Lehrer.

Eine am 31. Oktober d. J. zu Döbeln abgehaltene Delegirtenversammlung hat beschlossen, mit einer Petition um Abänderung, resp. Aufhebung des neuen Pensionsgesetzes und Erlaß eines solchen, welches den berechtigten Ansprüchen unseres Standes in geeigneter Weise entgegenkommt,

demnächst an die Staatsregierung und nach Zusammentritt des Landtags auch an diesen vorzugehen.

In der Ueberzeugung aber, daß unter obwaltenden Umständen das Verlangen der sächsischen Lehrerschaft nur dann Aussicht auf Erfolg haben dürfte, wenn es möglichst einhellig und allgemein ausgesprochen wird, und wenn es seinen verstärkenden Nachhall in den Kundgebungen politischer und anderer Vereine und Zeitungen findet,

und von der Meinung ausgehend, daß nur aus einer genauen Kenntniß des neuen Pensionsgesetzes und der einschlagenden Verhältnisse die Geneigtheit und der Wille, sich an jener Bewegung zu betheiligen, hervorgehen wird, hat die Versammlung beschlossen, den vaterländischen Kollegen zu empfehlen, zunächst

in den verschiedenen Theilen des Landes — vielleicht unter Zugrundelegung der bestehenden Vereine, Conferenzen u. s. w. — Versammlungen abzuhalten und in diesen das beregte Gesetz und die berechtigten Forderungen unseres Standes nach Anleitung der Schrift von J. Beeger: „Motivirtes Gutachten zc. (Leipzig, Klinkhardt)“ eingehend zu erläutern.

Den Beschlüssen jener Versammlung gemäß sollen ferner in den einzelnen Bezirken Bevollmächtigte ernannt werden, welche sich der Leitung der Geschäfte in ihren Kreisen annehmen und die Verbindung zwischen diesen und dem Ausschusse herstellen sollen. Wir ersuchen deshalb die Herren Kollegen, bezirksweise zusammenzutreten, in jedem Bezirk einen Bevollmächtigten oder Agenten zu ernennen, diesen dem unterzeichneten Ausschusse unter der Adresse des Bürgerschullehrers Engau in Chemnitz anzuzeigen und mit der Abhaltung von Versammlungen und Erläuterung des Gesetzes in der oben angezeigten Weise vorzugehen. Endlich ersuchen wir die Bevollmächtigten noch, uns über die Thätigkeit in ihren Bezirken, insbesondere über den Erfolg der bezeichneten Versammlungen Nachricht zugehen zu lassen; da nach dem Beschlusse der Delegirtenversammlung durch die zum Organ unserer Bestrebungen ernannten „Chemnitzer pädagogischen Blätter“ fortlaufende Notizen über den Stand und Fortgang unseres Unternehmens gegeben werden sollen.

Der allseitigsten Betheiligung glauben wir uns versichert halten zu dürfen, da es sich im vorliegenden Falle um einen Gegenstand handelt, der für das materielle Wohl Aller von der größten Bedeutung ist.

Der Ausschuss.

Hr. Engau und A. Würffel aus Chemnitz. H. Eydner aus Dresden. Dr. Panitz und J. Beeger aus Leipzig.

Das „Felleisen“, Organ der (bekanntlich der Internationalen Arbeiter-Assoziation beigetretenen) Arbeiterbildungsvereine in der Schweiz, wird vom 1. Januar ab unter Redaktion von Amand Gögg und Dr. August Ladendorf erscheinen. Der Preis dieses Wochenblatts, das wir allen Arbeiter- und Volksvereinen auf das Wärmste empfehlen, wird für Deutschland ungefähr 15 Sgr. vierteljährlich betragen. Dr. Ladendorf, hat bereits in der letzten Nummer des „Felleisen“ einen Artikel veröffentlicht. Er bespricht darin die Ver-

sammlungen in Nürnberg, Stuttgart und Berlin, und tritt unter Andern sehr entschieden gegen die Stuttgarter Beschlüsse zu Gunsten des „Südbunds“ auf.

Der Schlussbericht über den Nürnberger Arbeitertag (Rede Liebknecht's in der Militärfrage) wird in der nächsten Nummer des „Demokratischen Wochenblatts“ erscheinen. Die den vervollständigten Gesamtbericht enthaltende Broschüre ist von Mitte künftiger Woche an durch die Expedition dieses Blattes zu beziehen.

Zum Dresdner Dienstmannstreit.

Ueber die in der vorigen Nummer unseres Blattes erwähnte Versammlung der „Demokratischen Partei“ zu Dresden, erhalten wir folgenden nähere Bericht: Auf der Tagesordnung stand die Diskussion der Dresdner Dienstmannnoth. Da der erwartete Referent Advokat Gruner nicht erschien, leitete Tischler Hendl die Verhandlung mit einem historischen Rückblick auf die Entwicklung des Dienstmannwesens und Auseinanderlegung der bezüglichen Gesetzesbestimmungen ein. Adv. Schrays kritisirte unter Beifall besonders die aus Berlin importirte Vorschrift, welche das ganze Dienstmannwesen Unternehmern überantwortet, ebenso die Verpflichtung der Dienstmänner zur Auskunftserteilung über ihre Verrichtungen an die Polizeiorgane, sowie die Abwesenheit einer allgemeingültigen Tare und der Verpflichtung, die genehmigte Zahl von Leuten auch wirklich zu stellen. Otto Walster beklagt die durch das Vorgehen der Behörden herbeigeführte Schwächung des Zusammenhalts von Volk und Regierung, schiebt unter Hinweis auf seine eben veröffentlichte Broschüre die Schuld an dem Conflict hauptsächlich dem eigenthümlichen Auftreten einiger Unterbeamten zu, bei deren Berufung man mit größerer Sorgfalt zu Werke gehen sollte, und giebt seine Verwunderung über das Schweigen der Volkswirtschaftler zu erkennen, die vor acht Jahren so laut nach Freiheit der Arbeit gerufen und noch heutigen Tages einen Verein für diese Agitation unterhielten. Petermann bemerkt, daß dieser Verein, dessen förmliche Auflösung er längst, wiewohl vergeblich, beantragt, nur noch auf dem Papiere bestehe. Seine eigene Ansicht über das Dienstmannwesen habe er bereits vor 4 Jahren in einem Artikel, welcher durch das damals bestehende Communalblatt Veröffentlichung gefunden, ausgedrückt und gegenwärtig nicht das geringste davon zurückzunehmen. Von den gesetzgebenden Factoren habe nur der Abg. Jordan (Besitzer der bekannten Schokoladenfabrik Jordan u. Timäus in Dresden) dem „Unternehmerprinzip“ das Wort geredet. Redner theilt aus den Landtagsverhandlungen die Abfertigung mit, welche der Minister damals diesem Verlangen habe zu Theil werden lassen. Schließlich lenkt er die Aufmerksamkeit auf die Anträge, die Prof. Wigard bei den Stadtverordneten eingebracht, namentlich den wegen Erlassung eines Polizeigesetzbuchs, welches um so nothwendiger werde, je mehr durch die Criminalgesetznovelle der Umfang der Polizeistrafgewalt erweitert worden. Wigard kann die Nothwendigkeit reglementarischen Einschreitens in die Dienstmannfrage überhaupt nicht anerkennen. Der corporative Geist der die Institution bisher getragen, müsse auch die Stütze ihrer Fortentwicklung bleiben. Bahrtreich kann das Bedauern Otto Walsters über die politische Rückwirkung der Dienstmannfrage nicht theilen. Die Regierung sei es ja gewesen, welche in der Wahlgesetz- und ähnlichen Fragen bewiesen, daß sie von der Demokratie nichts wissen wolle. Das Maaß von Vertrauen, welches sie finde, sei eben dasjenige, welches sie sich selbst erwerbe. Ohne Anhänger des Princips

wirtschaftlichen Gehenslassens zu sein, müsse man doch den Beruf ordnenden Eingreifens nur einem ganz anders, als der gegenwärtige geordneten Staate zuschreiben. Dörne macht darauf aufmerksam, daß Herr Geude, der beiläufig nicht, wie manche glaubten, das Dienstmannwesen erfunden, sondern nur mit der Einführung desselben in Dresden Anderen, die sich sonst sicher auch hier, wie anderwärts in Sachsen, dazu gefunden hätten, zuvorgekommen sei, an dem „Anwesen“ selbst mit Schuld trage, da sich die Concurrenzinstitute meist aus den bei den zeitweiligen Reductionen der Geude'schen Mannschaft brodlos gewordenen Leuten gebildet.

Nach einigen persönlichen Bemerkungen zwischen Otto-Balster, Bahlteich, Schrays und dem Vorsitzenden, ergreift Petermann nochmals das Wort, um die Hoffnung auf Abhilfe durch das norddeutsche Nothgewerbegesetz als illusorisch darzustellen, da dieses nur künftigen polizeilichen Beschränkungen entgegenrete, das sächsische Gesetz aber älteren Datums sei, und folgende Resolution einzubringen:

„Die Versammlung erklärt sich für die genossenschaftliche Gestaltung des Dienstmannwesens und verlangt zu diesem Zwecke mindestens die Beseitigung derjenigen Paragraphen des Dienstmannreglements, welche das Recht zum Tragen von Abzeichen überhaupt den autorisirten Instituten reserviren und die Autorisation an Zahlung fester Löhne knüpfen.“

Wigard stellte hierzu das Amendement: „verlangt die Beseitigung des Dienstmannreglements, namentlich der Paragraphen“ etc.

Schrays den Zusatzantrag: „Die Versammlung erklärt sich ferner gegen jede, nicht durch das öffentliche Interesse unbedingt gebotene Beschränkung des Dienstmannwesens und bezeichnet insbesondere als den öffentlichen Interessen zuwiderlaufend die Verpflichtung der autorisirten Dienstmanninstitute, ihre Angehörigen den Weisungen der Polizeiorgane unweigerlich Folge leisten zu lassen.“

Nachdem der Referent im Schlussworte der, obgleich in keines Unternehmers festem Lohn stehenden, doch höchstes Vertrauen genießenden Chaisenträger gedacht, wird der erste Antrag mit dem Wigard'schen Amendement einstimmig, der zweite gegen 1 Stimme angenommen, der Vorsitzende ermächtigt, sie gehörigen Orts vorzulegen und auf Bahlteich's Antrag beschlossen, die Vorgänge bei Ausführung des Reglements auf die nächste Tagesordnung zu setzen.

Weiße Sklaven.

XVII.

Stollberg, den 10. November.

Um hier wieder ein Bild von Knappschaftsklassen in die Oeffentlichkeit zu bringen, werfen wir unsere Blicke auf eine Bergmanns- oder Bergarbeiterfamilie. Ein Kohlenarbeiter Namens Ernst Pießch, seit 8 Jahren in Arbeit stehend auf dem Bach'schen Werke, zu dem Knappschaftsklassen-Verein Niedermüschütz-Lugauer Steinkohlenbau-Verein, genannt Bachschacht, gehörend, dessen Knappschaftsklassenvorstand Herr Direktor Müller ist — hoffte durch sein unermüdetes, anstrengendes Arbeiten sich für seine spätere Lebenszeit einen Nothpfennig aufzusparen. Nun ist er aber schon aufs Krankenlager geworfen und leider an einer langwierigen Krankheit; im Voraus wußte er schon, wie jeder andere seiner Mitarbeiter, daß sich von einer solchen Klasse, wie die den Statuten gemäß bestehende Verbandskasse ist nicht viel Unterstützung einmal als Invalide erwarten läßt. Dieser Mann, Vater von 3 unermüdeten Kindern, ist nun bereits $\frac{3}{4}$ Jahr krank und erhält laut

Statut einen Invalidenlohn von 23 Groschen aus obengenannter Klasse, welche ein Kapitalvermögen von über 20,000 Thalern besitzt, was die Bergarbeiter aufgespart haben. Von diesem Gelde kann sich kaum ein solcher Mann mit Familie bei jegiger Zeit vor Frost und Kälte schützen und ordentlich wärmen. Wenn nur die Vertreter der Knappschaftskasse sich dafür verwendeten, daß dem betreffenden kranken Familienvater etwas Holz und Kohlen verabreicht würden, es wäre doch für ein solches Kohlenwerk ein kleines, wo so manches Stückchen Holz in den Koth getreten wird und verfaulen muß. Uebrigens wäre es besser und sehr wünschenswerth, wenn sich der Verwalter der Knappschaftskasse, Herr Müller, persönlich mehr um solche Glende und Nothleidende bekümmerte und Einsicht davon nähme, wie die armen Kohlenarbeiter für die aufgehäuften Kapitalien, wenn sie dann unbrauchbar sind zur Arbeit, die Ehre haben, tüchtig Noth zu leiden.

Nothgedrungen und keine andere Hilfe und Ausflucht mehr findend sich nebst Familie wieder auf kurze Zeit vor Hunger und Kälte schützen zu können, wendet sich dieser Pießch mit einem Bittgesuch an das Personal der Nachbarn-Verbandskasse, genannt Christelschacht, welches in der Bestände auf letztgenanntem Schacht aushängt und am Ende wörtlich folgt. Bismohl dieses Personal ganz denselben Druck und dieselbe Noth leidet, da aus dessen Kasse, welche ein Vermögen von 14,000 Thaler besitzt, einem gänzlich Verunglückten täglich nur 6 $\frac{1}{2}$ Pfennig Invalidengeld ausgezahlt worden ist, wendet man sich doch dort hin, damit die armen Bergleute durch ihre milde Gabe, welche sie nun ihrem nothleidenden und kranken Mitgenossen von ihrem spärlichen Verdienst spenden, das Kassenvermögen schonen helfen, denn solches Geld erregt Mitleid.

Aber trotz aller Klagen und vielen Jammers so vieler im Glend schmachtenden Armen finden die keine Linderung und Verbesserung, welche durch ihren sauern Schweiß die zur Unterstützung bestimmten Kapitalien aufgehäuft haben, sondern müssen trotz ihres Invaliden- und Krankengeldes, was sie im Vergleich zu ihrem Genuß, so vielfach mehr eingezahlt haben, oft Gemeinde-Almosen und mildthätige Herzen in Anspruch nehmen.

Muß da nicht, bei einem solchen Hinblick, die Zukunft einem armen Bergarbeiter banges Grauen erregen, wenn er sich bedenkt, daß er so viele Jahre die sauer verdienten Groschen hier niedergelegt hat, um voraussichtlich, wenn er einmal zur Arbeit untauglich geworden, in seinen alten Tagen eine sichere Stütze zu haben, statt dessen aber vielleicht gar den Bettelstab ergreifen muß, damit die Geldsummen aufgehäuft werden können.

So folgt nun wörtlich noch das Bittgesuch des benannten Kohlenarbeiters:

Werthevoller Herr Factor Hermersdörfer!

Sie werden gütigst verzeihen, daß ich so frei bin, Ihnen durch dieses Bittschreiben auf eine Art und Weise zur Last zu fallen.

Des einen Theils ist es Ihre gütige und wohlwollende Menschenfreundlichkeit, des andern Theils sind es aber auch die mannigfachen Sorgen und schweren Schicksale, die Gott der Allwaltende, mir auferlegt hat, denn bereits drei Vierteljahre sind es schon, daß ich darnieder liege an einer Krankheit, wo meine Lage eine höchst traurige und beklagenswerthe zu nennen ist. Aber noch trostloser ist der Blick in die mir liegende Zukunft! Denn woher Brod nehmen für meine Kinder und nicht fehlen bei den immer noch anhaltenden theuern Lebensmitteln, ist eine Frage, welche mir manchen Kummer und schlaflose Nacht verursacht.

Die Noth ist es deshalb, welche mich antreibt, mich nur an edle und wohlthätige Menschen zu wenden, die sich meiner annehmen und mir am Ende lindernden Balsam für meine Wunden reichen, die der Herr in meinem Herzen geschlagen hat.

Ich wage es deshalb, mich an Sie zu wenden, werthester Herr Faktor Hermersdörfer, um Sie nebst dem geehrten Steuer- und Arbeiterpersonal zu bitten:

„ob Sie nicht wollen die Güte haben und wollen mir durch Verabreichung eines milden Scherfleins meine Noth und traurige Lage nur einigermaßen zu erleichtern suchen!“

Jede Gabe, so klein sie auch sein mag, wird mit dankbarem Herzen entgegengenommen.

Gott aber, der Allgütige und Allweise, wird Ihnen dafür Vergelter sein, mag Sie in seinen Schutz nehmen und wird es Ihnen reichlich an Ihrer Gesundheit wieder ersetzen, was Sie an mir gethan haben.

Mit der größten Hochachtung hofft auf Ihre Güte und Liebe

Niedermürschniß, den 6. November 1868.

Ihr ganz ergebenster
Ernst Piehsch.

Aus England.

London, den 9. November.

Der einzige Arbeiter-Kandidat des Londoner Bezirks George Odger ist am Vorabend der Wahl beseitigt worden. Er und sein Comité verstanden sich dazu, einem Schiedsgericht von drei Männern die Entscheidung, ob er oder einer der liberalen Bourgeois Candidaten von der Candidatur zurücktreten sollte, zu überlassen. Das Schiedsgericht bestand aus Hughes, Stansfeld und Taylor, drei Vertrauensmännern nach der Ansicht der Arbeiter — sie entschieden gegen Odger. Das Arbeiterkomitee fügt sich ist aber sehr neugierig die Beweggründe, welche zu dieser Entscheidung geführt, zu vernehmen und spricht unverhohlen die Ueberzeugung aus, daß die politische Liebäuglei zwischen Bourgeois und Arbeiter aufhören muß. (Wir begreifen wirklich nicht, wie die Arbeiter in einer solchen Frage liberale Bourgeois — denn das sind die 3 Genannten — das heißt Gegner, als Schiedsrichter anerkennen konnten. Anmerkung der Redaktion.)

Die Tories spielen einen Trumpf aus gegen Stuart Mill. Das Westend (Theil Londons) ist mit folgendem Plakat bedeckt:

„Arbeiter von Westminster! nehmt ihr die Behauptung des Herrn Mill an, daß Herr Bradlaugh die Gesinnung der Arbeiter vertritt? Herr Bradlaugh rühmt sich Atheist zu sein. Seine Beschreibung des Messias lautet: „Ein jüdischer Bauer von niedriger Abkunft, wahnsinnigen Täuschungen unterworfen.“ Seine Idee vom jüngsten Gericht: „Ein Schauspiel mit Brillant-Feuerwerk.“ Herr Mill unterstützt Herrn Bradlaugh, könnt ihr für Herrn Mill stimmen?“

Dekan Stanley von Westminster, ein Würdenträger der aristokratischen Staatskirche, erklärt schriftlich, er werde für Mill stimmen, und es sei mehr als nothwendig, daß Leute wie Mill ins Parlament kommen um das allgemeine Interesse zu wahren, und die Verhandlungen über das Maas beschränkter Parteianfichten zu erheben. John Bright dagegen sucht dem reformirten Parlament diesen beschränkten Charakter zu sichern, indem er selbst radikale Bürger, die als Candidaten auftreten, und von denen zu befürchten steht, daß sie sich über

das Maas erheben werden, als Feinde der liberalen Partei denunziert (boshaft und freig anklagt). So ändern sich die Zeiten und die Menschen! Derselbe John Bright, derselbe lärmende Denunciant nach Oben, der noch vor Kurzem dem Oberhause Verberben drohte, hat sich plötzlich in einen friedliebenden Rathgeber und Denunzianten nach Unten verwandelt. Im Laufe der Woche sagte er vor einer Arbeiter-Versammlung zu Edinburg: „Wir haben nicht länger einen Kampf mit dem Oberhause; wir fürchten nicht länger die Macht der Land-Magnaten (großen Grundeigenthümer); wir befinden uns nicht länger unter der Oberherrschaft einer Klasse und Anklagen und Schimpfreden (gegen die Aristokratie) sind nicht länger am Plage. Wir fordern Euch auf: nicht, daß Ihr Euch erheben sollt, um die Macht, welche Euch bisher regiert, zu stürzen, sondern daß Ihr weisem Rath Euer Ohr leihen sollt. Wir fühlen, ich fühle, daß das Geschick unsres Volkes in den Händen des Volkes liegt.“ Wer die Auffordernden und die Fühlenden sind, die in dem Fürworte „wir“ begriffen sind, leuchtet nicht ein. Möglich, daß der ergraute Mächtgegnern-Minister in Gedanken der Zeit etwas vorausgeilt war und sich am Ministertisch in St. Stephens (im Parlament) wähnte. Nichts natürlicher, als daß der Mann, der nach seiner eigenen Meinung seit 30 Jahren der Wortführer des englischen Volks gewesen, fühlt, daß das Volk sein Geschick in Händen hat, sobald er Minister wird. Noch ist indeß nicht Alles in Ordnung; nach Bright's Meinung giebt es some little matters still to adjust — noch einige Kleinigkeiten zu schlichten. — Diese Kleinigkeiten bestehen in der Verbesserung der letzten Reformbill, der Erlaubniß für die Aristokratie, ihr Land an reiche Bürger zu verkaufen, und durch Verminderung des stehenden Heeres, eine Steuer-Erhebung von 10 Millionen Pfund Sterlingen (67 Mill. Thaler) und durch Schulbildung den Pauperismus (Massenarmuth) abzuschaffen. Unglücklicher Weise ist der Pauperismus so innig verwachsen mit der kapitalistischen Produktionsweise, welche das höchste Ideal menschlicher Glückseligkeit für Herrn Bright bildet, daß das Eine nicht ohne das Andere abgeschafft werden kann. Er stellt Belgrave-Square (*) mit Bethnal-Green (**), den Gipfel des aristokratischen Luxus mit der Tiefe des proletarischen Glends in Gegensatz. Aber warum von Pol zu Pol wandern? Warum nicht einige Augenblicke in Threadneedle-Street (***) , Lombard-Street (****) u. i. w. im goldenen Herzen des britischen Reichs verweilen? Ist nicht das gegenwärtige außerordentliche Glend des Ostens von London das unmittelbare und unvermeidliche Resultat der Herzstöße des „goldenen“ Mittelpunktes? Oder ist es überhaupt nöthig die Nachbarschaft des Glends zu verlassen um einen Gegensatz zu finden? Bilden die palastähnlichen Geschäftshäuser von Moses (****) und anderen großen Propheten keinen Kontrast? Sind sie nicht kristallisirtes Fleisch und Blut der auf Moloch's Altar geopfertem Männer, Weiber und Kinder? Warum nicht am Ende in der Bright'schen Teppichfabrik (*****) zu Rochdale anfangen?

Das Comité der Teppich-Weber-Association hat einen Brief veröffentlicht, worin auseinandergesetzt wird, wie die Teppichweber von England und Schottland vor drei Jahren eine Lohnzulage von 10 — 12½ Prozent erhielten. Als sie bei den Fabrikanten anfragten, welche dieselbe verbesserte Ma-

*) Der aristokratischste Stadttheil.

**) Eins der ärmsten Londoner Stadtviertel.

****) Wo die englische Bank ist.

*****) Die Hauptbankierstraße.

*****) Der berühmte „Schneiderkönig.“

*****) Herr Bright ist bekanntlich Teppichfabrikant.

schinerie anwenden wie John Bright und Comp., wurde ihnen gesagt, daß Bright 1 Penny (etwa 9 Pf. sächsisch, 10 Pf. preussisch) per Yard (1 Elle) für dieselbe Arbeit bezahle die anderswo mit $1\frac{1}{4}$ Pence bezahlt werde. Da ein Arbeiter 220 Yards wöchentlich webt, so verdienen Brights Arbeiter 4 Schillinge und 8 Pence (1 Thlr. $16\frac{1}{2}$ Ngr.) weniger, als in anderen Fabriken. Die übrigen Fabrikanten erklärten sich bereit eine Zulage zu geben, wenn Bright dasselbe thue. Das Comité sagt: wir würden uns schämen, die Antwort zu veröffentlichen, welche wir von Bright und Comp. erhielten. Dagegen erbot sich die Firma für jedes Yard, das ein Arbeiter über 240 die Woche webt, $1\frac{1}{2}$ Pence (etwas über 13 Pf. sächsisch) zu bezahlen, aber die Ueberarbeit muß sich auf vier aufeinander folgende Wochen erstrecken, bevor sie bezahlt wird. Das Comité erklärt, daß es ein Ding der Unmöglichkeit ist über 240 Yards in den gewöhnlichen Arbeitsstunden zu liefern.

Wir sehen daher, daß es noch andere Gegensätze giebt als zwischen Belgrave-Square und Bethnal-Green. Der Pauperismus im Osten von London gestaltet sich übrigens zu einem chronischen (dauernden, nicht vorübergehenden) Ungeheuer. Karl Marx zitiert in seinem Werk „Das Kapital“ (p. 658) Berichte aus dem „Morning Star“ vom Januar 1867. Das Elend hat seitdem nicht abgenommen. Die Anzahl der Paupers (hoffnungslos Verarmten) vermehrt sich beträchtlich in allen Theilen Londons, aber im Osten über alle Maassen. In Poplar (ein Stadttheil) belief sich die Zahl der Paupers vor drei Jahren auf 700 gegenwärtig auf 7000. Die Bevölkerung, heißt es in den „Daily-News“ vom 6., scheint den Fluch des Pauperismus als ihr unvermeidliches Geschick zu betrachten, sie hat alle Hoffnung aufgegeben. Die Fieberkrankheiten werden jeden Tag bedenklicher. In Mile-end Old Town (ein Stadttheil) wurde vor einigen Tagen eine Familie gefunden: der Vater und die Mutter lagen hilflos in einer Ecke des möbelleeren Zimmers, 3 Kinder, in ein altes Umschlagtuch gehüllt in einer andern, das älteste Mädchen, 14 Jahre alt, kauerte vor dem fast leereren Herd. Sie wurden ins Fieberhospital gebracht. In einem andern Hause kam die Hilfe zu spät, der Vater starb am folgenden Tage. Nicht weniger als 32 Fälle kamen in jener Nachbarschaft in einer Woche vor, wo Leute ins Fieberhospital gebracht werden mußten. Ob Abschaffung der Ehee- und Zuckersteuer und Verminderung des stehenden Heers hier als Heilmittel wirken kann, überlasse ich dem Verstand des Herrn Bright.

Die allgemeine Baumeister-Gesellschaft hat den betreffenden Bauarbeitergesellschaften Anzeige gemacht, daß sie vom 1. Mai 1869 an nicht mehr nach Tag, sondern nach Stunden bezahlen wird. Die Steinhauer-Gesellschaft, und die Schreiner und Zimmerleute von Manchester haben ihrer Seits angekündigt, daß sie auf einer Verkürzung des Arbeitstags vom selben Datum an bestehen würden. Da die Bauwerksgenossenschaften die stärksten sind, so glaubt man nicht, daß die Meister ihr Vorhaben werden ausführen können. Die Stundenzahlung ward schon häufig im Einzelnen versucht, aber jederzeit von den Arbeitern hintertrieben.

Häpfeldtisches.

Am vorigen Sonnabend wurde der Redacteur dieses Blattes zu Chemnitz von einem Häpfeldt'schen Keger-

gericht, dem er so frech gewesen war, sich nicht zu stellen, in contumaciam verurtheilt. Das Erkenntniß lautet:

„Nach reiflicher Erwägung aller von dem Literat W. Liebnecht aus Leipzig gegen Ferdinand Lassalle (?), gegen den Lassalle Allgem. Arbeiterverein und gegen Frau Gräfin Häpfeldt gerichteten Beschuldigungen; in Erwägung, daß es überhaupt eine Unwürdigkeit ist, Beschuldigungen zu erheben, welche man nicht beweisen kann, diese aber dadurch noch vergrößert wird, daß Herr Liebnecht seine Beschuldigungen öffentlich gegen einen großen Todten (!) und gegen eine Frau gerichtet, welche beide durch Naturgesetz und Sitte (!) verhindert sind, sich öffentlich zu vertheidigen; in Erwägung, daß dem Herrn Liebnecht auf seinen Wunsch (!) die Gelegenheit zu öffentlichen Beweisführungen für seine Behauptung gegeben worden, er aber ohne irgend welche haltbare und glaubwürdige Entschuldigung (!) diese Beweisführung dennoch unterlassen, und dadurch nur erwiesen hat, daß seine Behauptungen ihrer Natur nach lediglich hohle Verläumdungen sind, ausgestreut zum Zweck auf Kosten der Wahrheit, der Gerechtigkeit und Ehre Anderer, persönlichen Interessen zu fördern und die Arbeiterbewegung zu schädlichen Übergebt die Versammlung die Verleumdungen Liebnechts der gerechten, öffentlichen Verachtung.“

Wir danken den Herren Försterling, Röhling, Mende, und wie die Auserwählten der Frau Gräfin Häpfeldt heißen Mögen, für die erwiesene Ehre und hoffen, ihnen niemals Gegenstand der Achtung zu werden.

Kuriose Dinge werden uns über die Verhandlungen des Kegergerichts erzählt. Herr Försterling beschwerte sich darüber, daß wir ihn eine „Jammergestalt“ genannt. Nicht ganz richtig: „ein Bild des Jammers“, sagten wir, und die 250 Reichstagsabgeordneten, die Herrn Försterling bei der bewußten Gelegenheit sahen, werden die Richtigkeit des Ausdrucks bezeugen. Er sei stolz, daß er im Reichstag ausgesprochen worden, sprach Försterling weiter, er habe sich nie so wohl gefühlt, als damals! Nun, über den Reichsmack ist nicht zu streiten. Herr Röhling beschwert sich bitter über den „Strohmann“. Wer keiner ist, ärgert sich nicht über das Wort. Versteht Herr Röhling das nicht, so gehe er zu seiner Gattin, die kann's ihm erklären. Herr Mende machte den geistreichen und den gesellschaftlichen Ton seiner gräßlichen Zieherin charakterisirende Bemerkung: „Der beste Beweis, daß unser Freund Röhling kein „Strohmann“ ist, liegt darin, daß er überhaupt noch lebt. Wäre er ein „Strohmann“, so müßte Liebnecht ihn — aufgespeißt haben. Sie wissen doch, welches Thier Stroh frisst?“ Zum Schluß war Herr Mende so freundlich, die Wahrheit alles dessen, was wir in Wirklichkeit gegen den Häpfeldt'schen Verein und dessen Tendenzen gesagt haben, mit reizender Offenheit zuzugestehen, indem er erklärte: „Man (d. h. Häpfeldt und Genossen) würde dem König von Preußen willig entgegenkommen, wenn er das Wort in der letzten preussischen Thronrede, „daß es der spanischen Nation gelingen möge, in der unabhängigen Gestaltung ihrer Verhältnisse die Bürgerschaft ihres Gedeihens und ihrer Macht zu finden“, auch in und für Deutschland verwirkliche. Bei diesem Wort müsse man immer und immer wieder den König (von Preußen) halten. Und was Bismarck betreffe, so würde man ihn sofort unter die Lassalleaner (d. h. in den Häpfeldt'schen Verein) aufnehmen, und zum Abgeordneten nach Berlin wählen, wenn er die Einheitsidee zur Unabhängigkeit des deutschen Volks mit allen Mitteln durchführe (d. h. annectire).“

Wir wünschen der Frau Gräfin Häpfeldt Glück zu den Männern ihrer Wahl.